

DKP-Informationen

Nr. 7/2019 – 23./24. März 2019

7. Tagung des Parteivorstands der DKP 23./24. März 2019, Essen

**Referate
Beschlüsse**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat „Klassen, Klassenpolitik, Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse heute und Schlussfolgerungen für die Arbeit der DKP“
Rainer Perschewski, Mitglied des Parteivorstands
3. Einführung zum Tagesordnungspunkt EU-Wahlen
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
4. Einführung zur Vorbereitung des 23. Parteitages
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
5. Beschlüsse

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Beschlusskontrolle
2. Referat und Diskussion „Klassen, Klassenpolitik, Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse heute und Schlussfolgerungen für die Arbeit der DKP“
Rainer Perschewski, Mitglied des Parteivorstands
3. Konzeption Bildungszeitung
4. Festival der Jugend
5. EU-Wahlkampf
6. Vorbereitung und Einberufung des 23. Parteitages
7. Weitere Beschlussfassungen
8. Schlusswort

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

- unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Klassen, Klassenpolitik, Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse heute Schlussfolgerungen für die Arbeit der DKP

Rainer Perschewski, Mitglied des DKP-Parteivorstandes und der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Medien waren seit der letzten PV-Tagung geprägt durch die Berichterstattung zu den inzwischen abgeschlossenen Tarifeinverständigungen im Öffentlichen Dienst. Jetzt läuft dazu eine Mitgliederbefragung. Die Einkommen steigen rückwirkend zum 1. Januar 2019 um mindestens 3,2 Prozent, zum 1. Januar 2020 um weitere 3,2 Prozent und zum 1. Januar 2021 nochmals um 1,4 Prozent. Wegen der durchgesetzten sozialen Komponente sind das mindestens 100 Euro in der ersten Etappe, für die nächsten Etappen beträgt der Mindestbetrag 90 Euro beziehungsweise 50 Euro.

Das gesamte Paket ist recht komplex und wird unterschiedlich beurteilt. Insbesondere für Beschäftigte in der Krankenpflege konnte eine Aufwertung erzielt werden. Das haben sich die Kolleginnen und Kollegen mit ihrer hohen Beteiligung an den Aktionen und ihren Streiks 2018 für Entlastung in der Pflege verdient. Wir haben in der Kommission „Betrieb und Gewerkschaft“ des Parteivorstandes am vergangenen Wochenende kurz über den Abschluss diskutiert und kamen zu dem Schluss, dass er – von der Laufzeit mal abgesehen – ein recht guter Abschluss im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist. Insbesondere die soziale Komponente trifft auf große Zustimmung. Die Einschätzung wird nicht nur von ver.di so getroffen, sondern auch von der GEW. Beide Gewerkschaften zeigten sich in diesem Tarifkonflikt beeindruckend mobilisierungsfähig. Bei den Aktionen der Gewerkschaften gingen deutlich mehr Kolleginnen und Kollegen in Warnstreiks und auf die Straße als in den Vorjahren.

In Berlin laufen noch die Tarifverhandlungen des Senats mit der BVG. Auch hier ist kräftig Bewegung drin. Der Aufruf der Gewerkschaft ver.di zum Warnstreik im Februar an die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe

(BVG) und der Berliner Transport GmbH (BT) brachte den öffentlichen Personennahverkehr in Berlin fast völlig zum Stillstand. Die BVG transportiert deutlich mehr Menschen als die Berliner S-Bahn. Für acht Stunden fuhren keine U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse in der Stadt. Werkstätten, Betriebshöfe, Leit- und Vertriebsstellen waren geschlossen. Dazu folgten über 4 000 Beschäftigte dem Aufruf der Gewerkschaft zur Kundgebung vor die Zentrale der Berliner Verkehrsbetriebe. Eine eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit ist es auch deshalb, weil die Gewerkschaft nicht mit so vielen Teilnehmern gerechnet hatte. Auch der zweite Warnstreik in der letzten Woche, der sich auf die Busunternehmen beschränkte, hatte massive Auswirkungen. Interessant sind auch hier die Forderungen, da hier die Verkürzung der Wochenarbeitszeit gefordert wird – was von der Unternehmensseite als unerfüllbar angesehen wird, weil es keine Fachkräfte gibt. Derzeit laufen weitere Verhandlungen. Ein weiterer Abschluss wurde in der Stahlbranche getätigt: 3,7 Prozent ab März 2019 und im Jahr 2020 eine zusätzliche tarifliche Vergütung von 1 000 Euro, die wahlweise in fünf freie Urlaubstage umgewandelt werden kann. Dieser Tarifvertrag läuft bis zum Februar 2021. Die weiteren Details sind mir nicht bekannt, und ich bin mir nicht sicher, ob die Einschätzung in der UZ nicht vielleicht zu schnell gewesen ist. Ich möchte den Tarifabschluss schon deshalb erwähnen, da es auch hier inzwischen um Arbeitszeitverkürzung geht.

Das bestätigt einen Trend über den wir in der UZ auch schon häufiger geschrieben haben: Das Thema Entlastung der Beschäftigten durch Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Modellen ist für die DGB-Mitgliedsgewerkschaften wieder ein Thema – nicht so wie wir uns das vorstellen – aber in den verschiedensten Varianten. Es ist relativ

zufriedenstellend festzustellen, dass wir mit den Themen im Bereich Betrieb und Gewerkschaft ganz gut liegen. Werft mal einen Blick auf die zentralen Anträge des letzten Parteitag und schaut euch nochmal unsere Veröffentlichungen zur Arbeitszeitverkürzung an. Wir sind mit den Themen am „Zahn der Zeit“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

damit sind wir bei einem Schwerpunkt für die heute Tagung. Das Thema, das mir für die heutige PV-Tagung gestellt wurde, umfasst ein umfangreiches Spektrum grundlegender Inhalte unserer wissenschaftlichen Theorie, die für unsere politische Praxis und für die Existenz der DKP als Partei der Arbeiterklasse von nicht unerheblicher Bedeutung sind: „Klassen, Klassenpolitik, Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse heute – und Schlussfolgerungen für die Arbeit der DKP“.

Meine Herangehensweise an das Referat ist rein pragmatisch ausgelegt. Ich werde versuchen das Thema so darzulegen, wie ich es für die praktische Verwendung in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit für nötig erachte, um es als Handlungsrahmen zu erschließen und nicht als theoretische Arbeit. Dabei ist mein persönlicher Hintergrund natürlich geprägt von meiner in diesem Jahr mittlerweile vierzigjährigen Praxis in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, geprägt von den immer wiederkehrenden Diskussionen um die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei in Deutschland und geprägt von den – wie ich meine – erstmalig seit Jahrzehnten wieder konkreten Schritten des Aufbaus von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der DKP, auf der Basis der Beschlüsse des 21. und des 22. Parteitages.

In vielen Diskussionen oder Beiträgen der Vergangenheit um die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse wird m. E. jedoch deutlich, dass es dringend geboten ist, dass wir uns mit den theoretischen Grundlagen rund um die Arbeiterklasse beschäftigen. Die Entwicklung der DKP seit 1987 hat in den letzten Jahrzehnten zu einer sinkenden Verankerung und einem eher theoretisierenden Umgang der Partei mit diesem Thema geführt. So können uns heute viele Genossinnen und Genossen theoretisch erklären, was „die“ Gewerkschaften alles falsch machen, wie „die“ Gewerkschaften eine Politik für die Arbeiterklasse machen müssten, ohne dabei selbst an real stattfindenden Kämpfen, geschweige denn an Aktionen und Debatten der Gewerkschaften beteiligt zu sein.

Manchmal gehen Aussagen soweit, dass man in „diesen“ Gewerkschaften nicht mitarbeiten könne, da sie keine Klasseninhalte vertreten. Für mich sind das klare Hinweise darauf, dass wir – wenn wir Versäumtes nicht nachholen – aufgrund der mangelnden Verankerung und des mangelnden Bewusstseins um die Zusammenhänge in Gefahr laufen, zum Sektierertum abzurufen.

Für meine konkrete Praxis merke ich zudem, dass mir – von einigen Grundlagen abgesehen – kaum noch Hinweise helfen, deren Erfahrungshorizont bezogen auf die konkrete Arbeit schon einige Jahre zurückliegt. Das wiederum hat mit der sich verändernden Arbeitswelt zu tun. Veränderungen, die an Geschwindigkeit zunehmen, wenn man bspw. die technische Entwicklung oder die Struktur der Arbeiterklasse betrachtet.

Die Dringlichkeit unserer Auseinandersetzung mit dem Thema wird auch dadurch unterstrichen, dass die Bedeutung von Klassen, daraus resultierenden antagonistischen Widersprüchen und den daraus notwendigen Schlussfolgerungen derzeit wieder von anderen „entdeckt“ werden. In den vergangenen Jahrzehnten konnte man den Eindruck gewinnen, dass Klassen oder Klassenpolitik in der politischen Linken keine Rolle mehr spielte oder bei der Erwähnung von Klassen einem nur mit dem Hinweis begegnet wurde, dass sich die Welt weiterentwickelt habe, und die Erwähnung von Klassen im Vergleich zur Erwähnung von Dinosauriern betrachtet wurde. Für die dominierenden bürgerlichen Vorstellungen von Demokratie ist das eine gute Voraussetzung, um Illusionen in Staat und Gesellschaft weiter aufrecht zu erhalten.

Das hat sich inzwischen wieder leicht geändert. Ein erster Versuch aus „unseren Kreisen“ heraus die Diskussion zu führen, hat zwar einige Grundlagen geschaffen (siehe die fünf Veröffentlichungen des Projekts Klassenanalyse der MES), ist aber steckengeblieben und hat auf die Politik der DKP keinen nachhaltigen Einfluss gehabt. In den letzten Jahren haben die Veröffentlichungen unter der Überschrift „neue Klassendiskussion“ oder „neue Klassenpolitik“ aber wieder zugenommen. Hierzu ist auf Veröffentlichungen aus der Partei Die Linke oder dessen Umfeld zu verweisen, die eine neue „zeitgemäße“ Klassenpolitik fordern oder dem Projekt Klassenanalyse an der Universität in Jena. Die Klassendiskussion ist also zu führen.

Aus dieser Vorbemerkung wird schon klar, dass m. E. im Zusammenhang mit dem Thema „Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse heute“ diese PV-Tagung nur ein Aufschlag für eine Debatte sein kann. Auch wir haben – trotz unseres Verständnisses als Partei der Arbeiterklasse – die Analyse der Entwicklungen in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Insofern muss ein Teil meines Referats für die Diskussion in der Partei auch einige Grundlagen darlegen.

Ich möchte im Nachfolgenden folgende Schwerpunkte setzen:

- Einige Aussagen zur marxistischen Theorie (Klassentheorie, Klassengegensätze, Klassenbewusstsein)
- Die Lage der Arbeiterklasse heute und sie beeinflussende Faktoren inkl. einiger Ableitungen daraus
- Praktische Schlussfolgerungen für die Umsetzung unserer Orientierungen

Einige Aussagen zur marxistischen Theorie

Betrachtet man Artikel oder andere Veröffentlichungen oder Diskussionsbeiträge zum Thema, ist schnell festzustellen, dass – wie sollte es anders sein? – verschiedene für sicherlich viele von uns vorhandene Erkenntnisse aus der marxistischen Theorie und Analyse verloren gegangen zu sein scheinen und Begrifflichkeiten ungenau oder oberflächlich genutzt werden. Ich möchte daher auch Bekanntes wieder hervorholen, aber so kurz wie möglich.

Was zeichnet die marxistische Klassentheorie aus?

Die Klassentheorie stellt zunächst einmal eine Verbindung zwischen den Produktionsverhältnissen und der sozialen Struktur einer Gesellschaft her. Sie ordnet die Struktur und die Organisation des Produktionsprozesses und die damit verbundenen gegensätzlichen Interessenlagen in der Gesellschaft ein. Zur Betrachtung gehören dann sowohl die Verteilungsverhältnisse, wie sich Menschen in den sozialen Gruppen und Schichten formieren bzw. ihr Bewusstsein entwickeln und welche Prozesse in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wirken.

In unseren Veröffentlichungen beziehen wir uns in der Regel auf die Definition durch Lenin:

„Als Klassen bezeichnet man

- Als Arbeiterklasse bezeichnet man

große Menschengruppen, die sich

- Millionen von Frauen und Männern, die sich

voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion,

- unter kapitalistischen Produktionsbedingungen arbeiten, die

nach ihrem größtenteils in Gesetzen fixierten (und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln,

- keine Produktionsmittel besitzen, die darum gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie verrichten ihre Arbeit,

nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich

- in abhängiger, kommandierter, untergeordneter Position. Sie erlangen

nach der Art der Erlangung und

- Einkommen (Lohn/Gehalt) und einen

der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“ Lenin, Die große Initiative, Werke Bd. 29, S.410

- Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, der geringer ist als der von anderen Klassen und Schichten. Zur Arbeiterklasse in Deutschland gehören also die Arbeiter, fast alle Angestellten und große Teile der Beamten und ihre Angehörigen, ebenso die Erwerbslosen, ihre nicht berufstätigen Angehörigen und die Rentner, soweit sie früher zur Arbeiterklasse gehörten.

Dieser Klasse steht – vereinfacht - die Klasse der Kapitalisten gegenüber, die privater Eigentümer der Produktionsmittel ist, und das Einkommen aus dem Mehrwert in der Produktion erzielt. Hieraus ergeben sich die unvereinbaren Interessen - die Klassengegensätze.

Wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen in die Diskussion dazu komme – wenn, dann höchstens in gewerkschaftlichen Kreisen - dann kommt an dieser Stelle das Argument, dass dies eine schematische, eine „schwarz-

weiß“-Betrachtung sei, die nicht zu der heutigen vielschichtigen Gesellschaftsstruktur passe.

Interessanter Nebenaspekt: In der Vorbereitung dieses Referats habe ich mir frühere Veröffentlichungen der Partei angeschaut und empfehle jedem hierzu Veröffentlichungen des IMSF aus den 1970er Jahren oder auch die Referate von Herbert Mies von der 6. PV-Tagung 1982 oder der 8. PV-Tagung von 1987 in denen sich der PV mit der Rolle der Arbeiterklasse auseinandersetzt, anzuschauen. Diese Empfehlung mag ein wenig sonderlich erscheinen, aber in allen Schriften wird deutlich, dass die kommunistische Partei der Arbeiterklasse – die DKP – nie die Veränderungen der Arbeiterklasse, deren Vielschichtigkeit in der Struktur, das Wirken von sozialen Gruppen und Schichten und deren Veränderungen außer Acht gelassen hat, und uns sehr wohl die damit zusammenhängenden Probleme für das Klassenbewusstsein bewusst waren.

Betrachten wir andere Veröffentlichungen zur Klassentheorie aus dem bürgerlichen und linken Lager in den verschiedenen Perioden, sind immer wieder ähnliche „Argumente“ gegen die marxistische Theorie festzustellen – von denen übrigens auch die DKP nicht verschont geblieben ist („Auflösung“ der sozialen Basis der Arbeiterbewegung / Thesen des Sek 2010 – Alles Kleinbürgertum außerhalb des Kerns der Arbeiterklasse /Brandenburg 2017). Es war und ist ein Fehler, die Entwicklungen der Arbeiterklasse und Klassenauseinandersetzungen nicht beständig zu analysieren oder zumindest zu beobachten.

Inhalt und Bedeutung des Klassenbewusstseins und Rolle der Partei

Liebe Genossinnen und Genossen,

in Meinungsäußerungen und Debatten zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der Partei ist Inhalt und Bedeutung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse häufig „gefühlten Definitionen“ unterlegen. Es ist offensichtlich verlockend, den Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse aus allem möglichen herzuleiten, aus Umfragen oder „repräsentativen“ Erhebungen und bestenfalls noch aus den Aktionen in den Tarifaueinandersetzungen. Wie jedoch können wir uns dem Thema für die Praxis annähern? Es mag banal klingen: Die Verankerung in der Arbeiterklasse gibt uns die Erkenntnisse über die Bedingungen der

Bildung und Entwicklung des Klassenbewusstseins an die Hand und ist somit Voraussetzung um Klarheit zu gewinnen über das, was im Sinne von Marx, Engels und Lenin unter Klassenbewusstsein zu verstehen ist. Es ist ebenso Voraussetzung, Klarheit über die ökonomischen Grundlagen und die politischen wie ideologischen Vermittlungen, unter denen sich das Bewusstsein der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft bildet, und unter denen der Entwicklungs- und Reifungsprozess sowie die konkrete Reproduktion des Bewusstseins der Arbeiterklasse als Klasse „für sich“ vor sich geht.

Dieses Bewusstsein der Klasse „für sich“ ist also mehr als die aktuelle Meinung durch Umfragen zu der aktuellen Situation wie bspw. In der IG-Metall-Umfrage vor einigen Jahren notiert. Sie ist mehr als die im Projekt „Gute Arbeit“ der DGB-Mitgliedsgewerkschaften jährlich festgehaltenen Themenschwerpunkte oder mehr als der „Gute-Arbeit-Index“.

Klassenbewusstsein der Klasse „für sich“ umfasst die Einsicht in die grundlegenden Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Klasse. Es ist politisches Bewusstsein und umfasst,

- das Bewusstsein um die Existenz des gesamtgesellschaftlichen Klassengegensatzes von Kapital und Arbeit;
- die Einsicht in die Notwendigkeit des politischen Kampfes und die Konzentration und Erkenntnis des Klassenkampfes der Arbeiterklasse im politischen Kampf;
- die Einsicht, dass die ökonomische, politische und geistig-moralische Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Erringung der politischen Macht und die Überwindung des Kapitalismus möglich ist. Wir fassen also entwickeltes Klassenbewusstsein als die Bejahung und das Sich-zu-eigen-machen der entscheidenden Schlussfolgerungen des wissenschaftlichen Sozialismus auf.

An dieser Stelle wird vielleicht klar, weshalb ich in den Diskussionen auf die Notwendigkeit der Konzentration auf eine intensivere Arbeit zur Verankerung und Ausrichtung der Partei auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dränge.

Ich will es nochmal hervorheben: Es besteht ein Zusammenhang von Klassenbewusstsein und der Existenz von gewerkschaftlichen sowie politischen Klassenorganisationen, was eine Voraussetzung für die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse ist. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur im Wege der revolutionären Umwälzung erfolgen. Die Verankerung der Partei in der

Arbeiterklasse wird letztlich darüber entscheiden, ob wir diesen Weg beschreiten können oder nicht.

Lenin hebt in seinen Werk „Was tun?“ hervor, „dass die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches (also gewerkschaftliches) Bewusstsein bringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.“ Politisches Klassenbewusstsein kann nicht im Selbstlauf entstehen. Es kann wie Lenin sagt „dem Arbeiter nur von außen gebracht werden“.

Klassenbewusstsein zu vermitteln die Erkenntnisse in die Arbeiterklasse zu tragen, dass ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei.

Soweit der kleine theoretische Einstieg in das Thema. Aus dem bisher ausgeführten wurde hoffentlich klar, dass die Kenntnis der Lage der Arbeiterklasse eine wichtige Voraussetzung für eine Klassenpolitik mit dem Ziel der

Bewusstseinsbildung der Klasse ist. Ich möchte im nachfolgenden versuchen einige – nicht vollständige – wichtige Einflussfaktoren für die Arbeiterklasse zu skizzieren oder zumindest zu benennen.

Die Lage der Arbeiterklasse heute

Wie ist die Lage der Arbeiterklasse heute? Hierzu ein paar Daten – mit denen wir uns dem nur nähern können, da die Statistik nicht unseren Definitionen entspricht. Es handelt sich hierbei auch nur um eine Datensammlung, die einer genügend empirischen Betrachtung (wie die Erhebungen des IMSF aus den 1970ern) nicht gerecht wird. Sie vermittelt aber einen Eindruck vom Zustand und was es zu berücksichtigen gilt. Sie ist auch unvollständig und wir sollten Mühe darauf verwenden, uns diese Daten genauer zu erschließen.

(Quellen: Statistisches Jahrbuch 2018, Datenbasis 2017 – HBS Veröffentlichungen unter boeckler.de - Achtung Rundungsdifferenzen):

Angaben zur Bevölkerungsstruktur

Angaben in Mio		
82,67	registrierte Menschen	
davon 45,79	Erwerbspersonen	
davon 1,62	Erwerbslose	
davon 4,28	Selbstständige	(davon 55 % ohne Beschäftigte)
davon 39,88	Lohnabhängige Beschäftigte	
davon 38,47	Nichterwerbspersonen	Rentner, Kinder etc.

Anmerkungen:

- Der relative Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen hat sich seit den 90er Jahren immer nur unwesentlich verändert.
- Eine genauere Betrachtung der Selbstständigen müsste auch so genannte „Scheinselbstständige“ berücksichtigen und ebenso berücksichtigen, dass hierunter auch 1-Personen-Betriebe, Kioskbesitzer etc. fallen.
- Die lohnabhängige Bevölkerung stellt damit die größte Gruppe dar.
- Zur Differenzierung wäre das Verhältnis Ost/West zu betrachten. Hier gibt es z. B. Unterschiede hinsichtlich der Erwerbslosen und der Selbstständigen.

Erwerbstätige nach der Erwerbsform – prekäre Beschäftigung

Angaben 2016 in Mio		Angaben 2003
22,825	Normalarbeitsverhältnis (Vollzeit)	22,657
8,400	Teilzeit	4,567
0,931	Leiharbeit	0,295
7,756	Geringfügig	5,641

Anmerkungen:

- Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.
- Der Anteil Atypisch Beschäftigter beträgt ca. 40 Prozent und ist stetig gewachsen – stagniert derzeit
- Anteil der Teilzeit ist von 1991 – 17,9 Prozent auf 2018 – 39,2 % Prozent gewachsen
- Der Anteil der befristeten Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung ist von 1996 – 3,9 Prozent auf 2017 – 8,3 Prozent gestiegen.
- Je jünger die Beschäftigten je höher der Anteil der Befristeten

Wo arbeiten die Menschen (in %)?

JAHR	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
1852	55,00	25,00	20,00
1950 BRD	22,70	44,70	33,20
1991	4,20	41,00	54,80
2008	2,10	25,40	72,50
2017	1,39	24,13	74,47

Anmerkungen:

- Keine Unterscheidung nach Art der Beschäftigung
- Die Reduzierung der Industrie in den 1990er Jahren ist die Deindustrialisierung Ostdeutschlands
- Der Anteil der Industrie ist in West-Deutschland seit Mitte der 70er Jahre kleiner als die Dienstleistungen

Entwicklung des Arbeitsvolumens und Arbeitsstunden je Beschäftigten

Hier wird deutlich, dass zwar immer mehr Werkstätige arbeiten, aber das Arbeitsvolumen nicht entsprechend verteilt ist. Theoretisch könnte die vorhandene Arbeit auf alle verteilt dazu führen, dass alle weniger arbeiten müssen. Real ist es aber so, dass je geringer das Einkommen die geleisteten Wochenarbeitsstunden steigen.

Wie erhalten die Menschen ihren Unterhalt

Angaben in Mio		
37,647	Erwerbstätigkeit	
05,644	ALG I, ALG II, Sozialleistungen	
18,372	Rente oder Vermögen	
20,077	Angehörige	

Anmerkungen:

- Etwa 1,089 Millionen „Aufstocker“ unter den ALG II Empfängern

Einkommenslage und -entwicklung der Bevölkerung: Hier wird deutlich, dass die „Schere zwischen Arm und Reich“ immer größer geworden ist und sich ein großer Teil der Werkstätigen im Niedriglohnsektor (20 bis 24 %) befindet.

Unterschiede Ost – West

Eine Bewertung der Klassenlage muss auch die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland unterhalten, die im 30. Jahr des Anschlusses immer noch gravierend sind. Eine Betrachtung muss die

Deindustrialisierung in den 90er Jahren analysieren. Das kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Einige Daten zu den Unterschieden:

- Der Anteil der dauerhaft „Armen“ liegt in Ostdeutschland bei 6,38 Prozent (5,46 Prozent in West) – Tendenz steigend
- Bruttolöhne liegen bei etwa 82 Prozent des Niveaus West
- Die Arbeitslosenquote beträgt 9,4 Prozent (West 6,7 Prozent)

Wir sollten im Zusammenhang mit der geplanten Veranstaltung zum 70. Jahrestag der DDR versuchen, hierzu eine Reihe von Veröffentlichungen in der UZ zu initiieren, die uns Material an die Hand gibt. Der Band III des Projektes Klassenanalyse der MES „Sozialcrash – von der DDR zur kapitalistischen Klassengesellschaft der BRD“ aus dem Jahr 2007 hat hier schon einige Grundlagen geliefert an denen wir anschließen können.

Bildungsstand der Bevölkerung

Hier wird deutlich, dass dieser sich im Laufe der Jahrzehnte deutlich verändert hat. Die

Bildungsabschlüsse zur Hochschulreife sind deutlich angestiegen, der Anteil höher qualifizierter Werktätiger ist gewachsen. Auch der der Akademiker. Das ist für die Bewusstseinslage von Relevanz. Setzt man diese Entwicklung in Verbindung zum Einkommen und ihrer Stellung in der Produktion wird man feststellen, dass immer mehr Kreise zur Arbeiterklasse gerechnet werden müssen.

Weitere wichtige – aber aus Zeitgründen nicht mehr vorgenommene Betrachtungen – hätten sein müssen: Frauen, Jugend, Migration

Wer gehört zur Arbeiterklasse?

Für die bürgerliche Statistik existiert keine Klasse als Grundlage. Daher müssen wir uns anhand der vorhandenen Daten dem annähern:

Angaben in Mio		
32,165	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	
4,860	Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	
Abzüglich		
1,900	Leitende Beamte, Soldaten, Management	
35,125		
zuzüglich		
29,530	Angehörige und Rentner (in gleicher Relation zu Erwerbspersonen)	
Gesamt		
64,655		
78,20 %	Der Bevölkerung gehören zur AK	

Anmerkungen:

- Den Zahlen liegen grobe Berechnungen zugrunde und sind daher empirisch nicht abgesichert.
- Berücksichtigt werden müssten bspw. noch die Einkommenslagen und Position im Betrieb.

Welche Faktoren beeinflussen oder hemmen die Entwicklung von Klassenbewusstsein?

Um Einflussfaktoren zu bestimmen, sollte klar sein wie die aktuelle Situation beschrieben werden kann. Die gesellschaftlichen und sozialen Kämpfe heute haben drei grundlegende Merkmale, die eine Charakterisierung ermöglichen:

1. Die Kämpfe haben einen defensiven Charakter. Es sind Verteidigungskämpfe und das seit Jahrzehnten. Wir haben es seit etwa Mitte der 1970er Jahre zunächst in der alten

BRD und seit 1990 mit einem Umbau der sozialen Sicherungssysteme, des Abbaus demokratischer Rechte und der Enteignung von Gemeineigentum zu tun. Erfolge sind nur kurzzeitig und partiell zu verzeichnen. Das hat Auswirkungen auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse (Was geht?)

2. Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse nach Gruppen und Schichten unterliegt deutlichen Veränderungen (Berufs- und Qualifikationsgruppen, Lohngruppen, Männer- und Frauen, Demografie, Volkswirtschaftliche Sektoren, Betriebsgröße). Kämpfe finden bestenfalls isoliert voneinander statt und die

soziale Erfahrung ist nicht dieselbe (bspw. prekäre Beschäftigte/Stammbelegschaft). Das verhindert die Formierung und positiven Bezug auf die Kämpfe. Beide Elemente bestimmen die spontane Bewusstseinsbildung der Klasse - und fördern korporatistisches Denken.

3. Die derzeitigen Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Wissenschaftlich-Technische-Revolution - um nicht von Industrie 4.0 oder Arbeit 4.0 zu reden - bzw. die Entwicklung der Produktivkräfte sind erheblich und haben ihre Wirkung noch nicht voll entfaltet, die Veränderungen sind aber spürbar. Hiermit haben wir uns auf der 12. PV-Tagung im März 2015, mit dem Referat vom Genossen Olaf Harms intensiv auseinandergesetzt – ebenso auf einer Beratung der Kommission Betrieb und Gewerkschaft und in den Marxistischen Blättern. Diese Veränderungen werden bewirken, dass ein großer Teil von Erwerbsarbeit im Dienstleistungsbereich und Administrativen Bereichen wegfallen. Dies wird zur weiteren Spaltung der Gesellschaft führen und qualifizierte Arbeitskräfte überflüssig machen.

Die Einheitsgewerkschaften heute

Ich habe eingangs verschiedene Meinungsäußerungen zu den Gewerkschaften wiedergegeben. Sie machen deutlich, dass sich die DKP als Partei der Arbeiterklasse Klarheit über ihre Position zu dem Stellenwert der Einheitsgewerkschaften – des DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften - verschafft.

Spätestens in solch einer Diskussion wird das Marx-Zitat aus der Schrift „Lohn, Preis, Profit“ genutzt – meist um deutlich zu machen, dass die Gewerkschaften nicht mehr die Kriegsschule der Arbeiterklasse sind, wie Engels sie bezeichnet hat, und man deswegen nicht in diesen Gewerkschaften arbeiten könne.

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu

gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zu endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ K. Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, 152.

Ich könnte es mir jetzt einfach machen, und dem Argument Zitate aus Lenins „Linkem Radikalismus“ entgegensetzen. Er hatte bereits deutlich gemacht, dass das nichts mit revolutionärer Politik zu tun hat, grundfalsch ist und nichts als hohle Phrasen beinhaltet. Ja mehr noch, die Arbeit in den Gewerkschaften hat etwas zu tun mit der Verbindung zur Klasse. Wer sich dem nicht stellt, muss die Folgen tragen. Es geht aber um mehr.

Zu Recht sind die Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes immer der Orientierungspunkt für die DKP in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gewesen und sollten es auch in Zukunft sein. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften vertreten die Prinzipien, die auch wir als Kommunistinnen und Kommunisten für elementar halten – den gemeinsamen Kampf zu organisieren und nicht für exklusive Einzelinteressen einzutreten. Diese Gewerkschaften sind „Einheitsgewerkschaften“, also vereinen in sich die ideologische Bandbreite der Arbeiterklasse. Das sollte man nicht vergessen, wenn man die Politik der Gewerkschaften einschätzt. Warum?

Trotz eines deutlichen Mitgliederschwunds – der sich m. E. gerade umkehrt - sind die Mitgliedsgewerkschaften des DGB die größte Klassenorganisation und die einzigen, die in der Lage wären die Verhältnisse in diesem Land zum Tanzen zu bringen, und das Kapital dort zu treffen, wo es wehtut. Sie sind die „Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals“. Es sind die Gewerkschaften, die die sozialen Fragen immer wieder in die politische Diskussion bringen. Es waren die Gewerkschaften, die den Mindestlohn durchgesetzt haben, das Thema Rente in den Mittelpunkt gestellt haben, und die Arbeitszeitverkürzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Politik und das Handeln der Gewerkschaften kann revolutionär sein (derzeit eher kaum), kann aber auch reformistisch oder sozialpartnerschaftlich sein und entspricht damit dem ideologischen Zustand der Klasse. Klassenpolitik bleibt es trotzdem, denn im Interesse der Arbeiterklasse ist es, die

Lebenssituation zu verbessern – dazu sind eben auch Schritte in dieser Gesellschaft möglich. Gewerkschaftspolitik ist immer auch ein Ausdruck des Klassenbewusstseins und damit ist die Politik auch Ausdruck unserer Schwäche – wenn sie sich zu sehr um das Teewasser kümmert und nicht um die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem System der Ausbeutung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in der Arbeiterklasse nur über einen marginalen Einfluss verfügen.

Um die derzeitigen Möglichkeiten einzuschätzen müssen wir ebenso zur Kenntnis nehmen, was damit auch ein Ausdruck unserer Schwäche ist:

- In den Gewerkschaften besteht eine Hegemonie sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen.
- Die Gewerkschaften konzentrierten sich in den letzten Jahrzehnten auf Stammbesellschaften großer Unternehmen. Die Organisierung von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und in Unternehmen unter 500 Beschäftigten spielte kaum eine Rolle (aktuell gibt es Ansatzpunkte davon abzurücken und wieder den „Häuserkampf“ zu führen).
- Die Gewerkschaften haben durch ihre Tarifpolitik gesamtgesellschaftlich faktisch die Standortlogik des Kapitals und seiner Regierung gestützt. Die Unterstützung des „Exportmodells Deutschland“ und damit der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie Vorrang einzuräumen - ist im internationalen Maßstab gesehen eine Lohndumpingpolitik. Dadurch dass sie gesamtgesellschaftlich wirkt, leistet dies dem deutschen Imperialismus in der „Kerneuropapolitik“ Vorschub.
- Die Entwicklung der Programmatik des DGB ist ein Spiegelbild des Niedergangs des Einflusses der revolutionären Arbeiterbewegung in der Nachkriegsgeschichte. Während das „Düsseldorfer“ Programm von 1949 noch klar antikapitalistisch ausgerichtet war und sich für eine geplante Wirtschaft und der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien einsetzte wurde dieses stufenweise abgeschwächt. Im vierten und derzeit noch gültigen „Dresdner“ Programm von 1996 wird zwar noch der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital gesehen aber nur noch als einer von vielen „Widersprüchen“ und als Perspektive wird nur noch eine sozial regulierte Marktwirtschaft gefordert.
- Ebenso muss man feststellen, dass in den Perioden der Regierungsbeteiligung der SPD der Widerstand gegen den Abbau sozialer

Leistungen nur mäßig organisiert war. Am deutlichsten war dies in der Auseinandersetzung und Widerstand gegen den größten Sozialraub seit 1945 im Zuge der sogenannten „Hartz-Reformen“ unter der Schröder-Regierung.

Weitere Organisationen

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass es neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund zahlreiche Berufs- und Standesorganisationen gibt, die als Gewerkschaften wirken und auch Tarifverträge abschließen können. Typische Berufs- und Standesorganisationen sind die Ärzteorganisation Marburger Bund, die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer oder die Pilotenvereinigung Cockpit.

Unsere Orientierung ist nicht auf diese Organisationen gerichtet, weil sie unserem Verständnis von der Einheit der Arbeiterklasse widersprechen.

DKP-Mitglieder sind in den DGB-Gewerkschaften aktiv und setzen sich für die Stärkung der DGB-Gewerkschaften ein. Die Berufs- und Standesorganisationen verfolgen spezielle Interessen einzelner Gruppen, die in der Durchsetzungsmacht dann auch sehr stark sind. Diese „exklusiven Solidarität“ - also die mehr oder weniger rücksichtslose Durchsetzung der Interessen einer relativ homogenen Gruppe gegenüber Interessen von außenstehenden Gruppen – schwächt Objektiv die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Belegschaft eines Betriebes.

Die politischen Organisationen

Wer sind die Akteure in den Gewerkschaften?

- Die SPD hat immer noch einen maßgeblichen Einfluss in den Gewerkschaften. Viele aktive Gewerkschafter sind nach wie vor in der SPD

– weniger als noch vor Jahrzehnten, aber immer noch ein wichtiger Bestandteil (auch unter den ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären). Das wirft eine Reihe von Fragen auf: Ist die SPD und sind ihre Mitglieder noch Teil der Arbeiterklasse? Was bedeutet dies für die Aktionseinheit? Ich vertrete den Standpunkt, dass die deutsche Sozialdemokratie trotz ihrer Politik, auch trotz Agenda 2010, weiterhin dazu gehört und damit auch ein Bündnispartner im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie ist. Wo findet sich das in der politischen Praxis wieder?

- Die Partei Die Linke hat zwar inzwischen einen Teil der haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre erreicht – bis etwa zur mittleren Ebene -, verfügt aber nicht über die Verbindungsstruktur der SPD, so dass der Einfluss in den Gewerkschaften nicht so ausgeprägt ist. Auch ist von der PDL keine andere Politik zu erwarten, dass zeigt sich am deutlichsten, wenn sie sich an der Regierungspolitik beteiligen. Sehr wohl aber sind sie ansprechbar um progressive Politik zu entwickeln, wenn sie im Betrieb erkennbar sind. Berücksichtigen wir dies in der Arbeit vor Ort?

Ergänzend dazu sollte man erwähnen, dass es auch einen christlich demokratischen Arbeitnehmerflügel gibt und eine kleine Gruppe „Gewerkschaftsgrün“ sie spielen m. E. aber in der betrieblich und gewerkschaftlichen Praxis keine Rolle (mehr).

Arbeiterbewegung von rechts?

Die Wahlen der letzten Jahre deuten auf ein weiteres Problem hin, was wir für eine Analyse des Klassenbewusstseins nicht außer Acht lassen dürfen: Die Auswertungen der Wahlen zeigten, dass im Verhältnis zum Durchschnitt des Wahlverhaltens der Bevölkerung ein überdurchschnittlicher Anteil von Arbeitern und Gewerkschaftern die rechtskonservative AfD wählte. Die Erklärungsmuster, die seitdem diskutiert werden, berühren unser Thema direkt. So wird der Aufstieg des sogenannten „Rechtspopulismus“ auch als eine Reaktion auf die Zumutungen und Zwänge des Marktes gesehen und das obwohl die AfD eher marktradikalere Vorstellungen vertritt und damit objektiv nicht die Interessen dieses Teils ihrer Wähler wahrnimmt. Die soziale Demagogie gepaart mit rassistischer Hetze wirkt dabei wie ein Lehrbeispiel wozu dieses Auftreten dient: Die Ablenkung von den Ursachen der Probleme und die Spaltung der Leidtragenden.

Das Wahlverhalten eines Teils der Arbeiterklasse ist damit eine Reaktion auf die Widersprüche und Realitäten in der Gesellschaft. Wenn einerseits vermittelt wird, dass es „uns doch insgesamt gut geht“ und dies mit dem Verweis auf den gesellschaftlichen Reichtum und den „niedrigen“ Arbeitslosenzahlen belegt wird, während gleichzeitig ein hoher Teil der erwerbstätigen Bevölkerung (20 - 24 Prozent) beständig im Niedriglohnsektor und prekären Arbeitsverhältnissen arbeitet, das Arbeitsvolumen ungleich verteilt ist und die

Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Der Soziologe Klaus Dörre von der Universität Jena führte hierzu in einem Interview im Mai 2017 aus: „Diese Frage berührt eine klassenpolitische Dimension. Man darf nicht von der Vorstellung ausgehen, dass Menschen mit einer ähnlichen Klassenlage und ähnlichen Interessen automatisch solidarisch handeln. Der Normalzustand ist, dass zwischen und innerhalb von Klassen Spaltung, Fraktionierung und Konkurrenz stattfindet.“

Im Zuge der Betriebsratswahlen 2018 – angespornt von den Ergebnissen der politischen Wahlen - gab es den gemeinsamen Versuch rechts-nationalistischer Kreise (AfD, Compact, Pegida, Identitäre) zu den Betriebsratswahlen mit eigenen Listen anzutreten. Hier wurde auch der ideologische Hintergrund dieser Kooperation deutlich. Die Akteure griffen auf bekannte sozialdemagogische Argumentationsmuster zurück.

Björn Höcke, Rechtsaußen der AfD, beklagt in einem Artikel unter der Überschrift „Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus“, dass „eine kleine Geldmachtelite ihre Interessen auf Kosten der Völker“ durchsetzt. Diese Elite sind wenige „Letzteigentümer der miteinander verflochtenen internationalen Konzerne“. Wer das erkennt, nämlich die Patrioten, hätte seinen wahren Gegner erkannt: Die internationalen Eliten. Hier wird altbekanntes auf die heutigen Verhältnisse angepasst: Es sind gierige Manager und nicht das kapitalistische System.

Letztlich läuft es auf ein schon von der NSDAP genutztes Muster hinaus. Nur war es damals das „raffende jüdische“ Kapital, das dem „schaffenden nützlichen“ nationalen Kapital entgegengestellt wurde. Schuld an der ganzen Misere ist natürlich nicht das deutsche Kapital, sondern es sind die „politischen Eliten“, hauptsächlich die „gekaufte Opposition“, nämlich die „dezidiert linken Gewerkschaften“. Daher muss „die politische Beeinflussung der Wirtschaft und der Unternehmen angegangen und beendet werden.“

Zwar haben diese Kräfte bei den Betriebsratswahlen keinen Erfolg gehabt, im Gegenteil die Stimmergebnisse sind eher marginal und die DGB-Gewerkschaften sind eher stärker aus den Wahlen hervorgegangen, aber das Stimmen-Potential und die Resonanz der AfD in diesem Teil der Werkstätigen ist nach wie vor vorhanden und macht nochmal mehr deutlich, dass wir verstärkt in den Betrieben

und Gewerkschaften wirken müssen und die Diskussion suchen müssen, um Einfluss zu nehmen.

Eine abschließende Bemerkung zu diesem Thema: Auch wenn das nicht immer entsprechend wahrgenommen wird, haben sich die DGB-Gewerkschaften mit den Themen auseinandergesetzt und tun es weiterhin. Es finden zum Teil intensive Debatten statt und es gibt inzwischen aus mehreren Gewerkschaften entsprechendes Material.

Tendenzen

Trotz alledem ändert sich einiges und das durchaus auch zum Positiven. Dies hängt auch mit den derzeitigen Umbrüchen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft zusammen. Hierzu folgendes zur Diskussion:

- Teile der Gewerkschaften gehen in ihrer Politik „back to the roots“ – die Organizing-Konzepte sind eigentlich nur eine Rückbesinnung auf die ureigensten Handlungsweisen von Gewerkschaften, nämlich Mitglieder zum eigenen Handeln zu bewegen.

Organizing stellt eine kampagnenorientierte Form des Aufbaus betrieblicher Interessenvertretung sowie der gewerkschaftlichen Mitgliedergewinnung dar. Die eingesetzten Organizing-Strategien sind vielfältig und finden sich in der Regel kombiniert eingesetzt. Über ein spezifisches methodisches Vorgehen werden Beschäftigte in einem Betrieb für ihre eigenen Interessen aktiviert und zugleich systematisch neue Mitglieder gewonnen. Die Ansprache der potenziellen Mitglieder erfolgt in einem begrenzten Zeitraum als konzentrierte Aktion durch ausgebildete Organizer.

Ausgangspunkt einer Organizing-Kampagne sind oft innerbetriebliche Konflikte, die von den Beschäftigten als solche wahrgenommen werden. Die detaillierte Planung und Durchführung von Kampagnen erfordern mehrere Monate.

- Teile der Gewerkschaften gehen „neue“ Wege, die eine wesentlich stärkere Einbeziehung von Mitgliedern beinhalten, so z. B. grundlegende Entscheidungen erst nach einer intensiven Mitgliederdiskussion zu

treffen; Mitgliederbefragungen in Tarifeinsetzungen durchzuführen, politische öffentliche Aktionen in Verbindung mit Kampagnen zu machen oder neue Kommunikationswege zu beschreiten um transparenter zu werden. Das sind Wege zur Demokratisierung, wie wir sie früher immer angemahnt haben.

- Es ist seit einiger Zeit eine Entwicklung zu erkennen die emanzipatorischen Züge tragen. Die Debatten um Work-Life-Balance oder Arbeitszeitsouveränität mögen mit unterschiedlichen Interessenlagen angeschoben worden sein, werden aber von den Beschäftigten angenommen und entsprechen dem Bedarf nach selbstbestimmt gewählten Handlungsspielräumen. Die Umfragen zeigen, dass die Themen den Menschen wichtig sind. Die Tarifforderungen und Abschlüsse der letzten Jahre zeigen dies. Das kapitalistische System hat hier aber Grenzen. Diese Widersprüche kann man nutzen.

- Die Diskussion nach Alternativen gesellschaftlichen Vorstellungen hat in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. Das Stichwort heißt Wirtschaftsdemokratie oder „wirtschaftsdemokratische Transformation des Gegenwartskapitalismus“ und ist eine Anlehnung an frühere Vorstellungen. Wichtig ist dabei, dass die Suche nach Alternativen wieder begonnen hat!

- Auch Teile der Gewerkschaften setzen in ihrer Politik auf die Zusammenarbeit in Bündnissen (siehe Krankenhäuser / Volksbegehren).

Schlussfolgerungen für den heutigen Kampf und deren Umsetzung

Die bisherigen Ausführungen zeichnen ein düsteres Bild des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse heute. Gemessen an den eingangs dargelegten Grundlagen kann man bestenfalls zu dem Schluss kommen, dass nur ein rudimentäres Klassenbewusstsein und wenn nur eines der Klasse „an sich“ vorhanden ist. Dennoch sind die gesellschaftlichen Krisenerscheinungen auf allen Ebenen spürbar und die Unsicherheit wird von den rechten Kräften genutzt. Wie kann die Partei der Arbeiterklasse heute die Kehrtwende schaffen?

Hierbei möchte ich den eingangs formulierten Anspruch umsetzen und die Schlussfolgerungen pragmatisch orientierend angehen:

- Der Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte lässt sich mit den Erfahrungen der Arbeiterbewegung verbinden, um Alternativen aufzuzeigen. Die heute auftretenden Forderungen nach Erweiterung der repräsentativen Demokratie mit plebiszitären Elementen, lässt sich bspw. gut mit den rätedemokratischen Vorstellungen der Novemberrevolution verbinden (Betriebsräte, Wirtschaftsräte, Abwählbarkeit etc.). Davon ausgehend sollte deutlich gemacht werden, was davon in der DDR aufgegriffen wurde. Unsere Vorstellungen müssen in einem neuen Gewand daherkommen ohne die Geschichte zu verleugnen und nicht in Form des Gedenkens.

- Das Ringen um die Köpfe muss in den Betrieben und Gewerkschaften stattfinden. Demokratie darf nicht am Werktor enden. Es sind konkrete Vorstellungen zu entwickeln wie die betriebliche Mitbestimmung ausgebaut werden kann. Hier können wir auf die Überlegungen des IMSF aus früheren Zeiten zurückgreifen, zumindest sie genau zu analysieren und weiterentwickeln. Hierbei geht es nicht darum, wie die Beschäftigten und ihre Interessenorganisationen weiter einbezogen werden und damit das Co-Management zu verstärken, sondern um den Aus- und Aufbau alternativer Formen und Inhalten der Mitbestimmung im Sinne der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Grenzen solcher Mitbestimmung – nämlich an den Eigentumsverhältnissen – kann so klarer hervortreten.

- Die Schwäche der politischen Klassenorganisationen erhöht das Gewicht der Gewerkschaftsbewegung als größte Klassenorganisation. Nur in den Gewerkschaften und im gemeinsamen Kampf der Klasse und der politischen Klassenorganisationen können die Erkenntnisse für die Notwendigkeit der Überwindung und revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft reifen. Unsere Orientierung der letzten Parteitage muss daher konsequent umgesetzt werden und der Fokus für die Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte muss in den Betrieben und Gewerkschaften liegen.

- Die Agitation muss die Enthüllung des Wesens der kapitalistischen Gesellschaft und der bürgerlichen Demokratie in den Mittelpunkt stellen. Hierbei kann an frühere Aktivitäten angeknüpft werden: Wie sind die Besitzverhältnisse? Wer bestimmt in diesem Staat (Lobbyismus)? Wie kommen Entscheidungen in Parlament und Regierung zustande? Was bedeutet es, wenn Gesetze von Beratungsunternehmen ausgearbeitet werden und nicht mehr in den parlamentarischen Gremien? Welche Vertreter sitzen wo?

Im ersten Schritt ist eine intensivere Auseinandersetzung der Partei mit den dargestellten Themen erforderlich. Insofern ist die Initiative der Bildungskommission für das zweite Halbjahr zu begrüßen.

In der Kommission Betrieb und Gewerkschaft haben wir letzte Woche den Entwurf einer Handlungshilfe für die BuG-Arbeit besprochen, die bis zum Sommer fertiggestellt werden soll. Auch entsprechende Beratungen sollen folgen. Auch das sind wichtige Schritte.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe versucht, ein umfassendes Bild zu zeichnen und einige Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass wir unseren Fokus ganz massiv in eine Richtung verschieben müssen: auf die Betriebe und die Gewerkschaften. Abschließend eine These für die Diskussion:

Eine Partei der Arbeiterklasse, eine kommunistische Partei, die ihre Verankerung in den Betrieben einbüßt, die in den Werkhallen und Büros nicht mehr präsent ist, also dort wo der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wird, wird keine Fähigkeit für die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft erringen können. Eine Partei, die in Bündnissen und sozialen Bewegungen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aktiv ist, hier ihren Fokus legt, wird irgendwann aufhören eine kommunistische Partei im Sinne unserer Weltanschauung sein.

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

- unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Einleitung zum Stand der Vorbereitungen des EU-Wahlkampfes

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Partei hat schon einiges geleistet in Vorbereitung unseres Wahlkampfes zur EU-Wahl. In die Unterschriftensammlung zur Absicherung unserer Kandidatur sind wir zwar mit zwei Monaten Verzögerung eingestiegen, dann aber doch durchgestartet. Während wir im Januar noch Sorge hatten und es erste Kommentare und Zuschriften gab, die Partei wolle wohl der falschen Orientierung des Parteivorstands nicht folgen, lagen wir am Ende, bezogen auf unseren Stichtag, bei 7.500 Unterschriften, mit den danach noch eintrudelnden Unterschriften bei rund 8.000. Das sind 2.000 mehr als unsere eigene Zielsetzung und das Doppelte der benötigten Unterschriften.

Nun sind wir in Vorbereitung der heißen Phase des Wahlkampfes und wieder scheinen wir das mit einer gewissen Verzögerung anzugehen. Mitte dieser Woche lagen erst wenige Materialbestellungen vor. Das hat sich innerhalb weniger Tage nun geändert. Tausende Plakate sind bestellt, das EU-Wahlprogramm und andere Materialien gehen in wiederholte Auflagen. Das ist gut, vor allem, weil wir auch viel Arbeit in die Vorbereitung investiert haben. In diesem Zusammenhang haben wir einige Dankeschöns auszusprechen.

Unser Dank geht an

- Alice für die Gestaltung der Plakate und Aufkleber und dafür, dass sie sich auch von wiederholten Änderungswünschen der Wahlkampfleitung nicht durcheinanderbringen ließ.
- Ben für die Gestaltung der Buttons, mit denen wir im Internet und der UZ auf den Wahlkampf und unsere Losungen aufmerksam machen, sowie für die Gestaltung der diversen Flyer, Transparente und der UZ-Extra.

- Klaus für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit und die DKP-Infos unter anderem zu Venezuela.
- Wera, die sich gerade mit der UZ extra rumschlägt, einen Vorabdruck könnt ihr heute schon ansehen – es darf bestellt werden, speziell in Richtung von Ostermärschen und 1. Mai ein wichtiges Material mit dem wir uns streitbar einbringen können.
- das Team aus Renate, Paul und Daniel, die gerade in der Endphase der Erarbeitung unserer Antworten auf die Fragen des Wahl-O-Mats sind. Dabei haben sie Unterstützung von Tina, Lukas, Angelika und Gerd bekommen, auch Euch vielen Dank.
- Anke, dass sie sich die Organisation des Fernsehspots angezogen hat, danke an Martina und Olaf für Ihre Mitwirkung im Spot.
- Anne und Wera für die Erarbeitung des Leitfadens, der eine gute Hilfestellung für das Organisieren eines aktiven Wahlkampfes unserer Gruppen darstellt.
- und natürlich an die UZ-Redaktion, die planmäßig an den Wahlkampf geht und die Wahlkampfleitung.

In dem Leitfaden sind auch unsere Orientierungen für Aktionstage der DKP enthalten. Konkret schlagen wir vor, in der Woche vom 6. bis zum 13. April, neben der Unterstützung der Bewegung für bezahlbaren Wohnraum, die Friedensfrage in Vorbereitung der Ostermärsche hoch zu gewichten. Wir wollen hier noch einmal mit dem Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ in die Offensive gehen. Wir arbeiten an etwas spektakuläreren Aktionen an zwei Orten der Republik und wir bereiten etwas Neues vor, nämlich ein Flugblatt, das sich mit der Friedensfrage an Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wendet. Dieses Flugblatt wird von Olaf Harms, Arnold Schölzel und mir gezeichnet sein, also von drei Kandidaten zur EU-Wahl, die ein besonderes Verhältnis zur Bundeswehr haben. Olaf hat als Wehrpflichtiger den Friedenskampf

in die Bundeswehr getragen, er gehörte zu den Soldaten, die in den 80iger Jahren in Uniform an Ostermärschen und Maikundgebungen teilgenommen haben, um dies auch öffentlich zu machen. Arnold ist 1967 wegen der Erfahrung, die er bei der Bundeswehr machte, dass alte Wehrmachtsoffiziere junge Wehrpflichtige versuchten gegen die Sowjetunion aufzuhetzen, in die DDR übergesiedelt. Ich hatte Anfang der 80iger Jahre meine Verweigerung zurückgezogen, um den Friedenskampf zur Bundeswehr zu tragen, daraufhin wurde ich „untauglich“ nachgemustert – mit Gesundheit hatte das wohl nichts zu tun. Wir wollen, dass versucht wird, dieses Material an Kasernen zu verteilen.

Für Aktivitäten zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung hat die Geschichtskommission eine tollen Leitfaden herausgebracht, den wir euch, den Gruppen der Partei wärmstens empfehlen. Ab dem 12. Mai und rund um den Tag der Pflege orientieren wir auf eine Aktionswoche gegen das Kaputtsparen des Gesundheitswesens, gegen die Privatisierung im Gesundheitswesen. Hier bieten sich auch öffentliche Veranstaltungen der Partei an, zum Beispiel mit dem hervorragenden Film „Der marktgerechte Patient“.

Wenn wir uns die politischen Rahmenbedingungen ansehen, dann müssen wir wirklich auf die Straße. Mit der Aufkündigung des INF-Vertrags, die zum August 2019 wirksam werden könnte, droht bereits auf der NATO-Ratstagung im Dezember eine Beschlussfassung zu einer neuen atomaren Hochrüstung. Diese Mittelstreckenraketen zielen dann auf die Russische Föderation und die Volksrepublik China. Vorwarnzeiten sind extrem niedrig, die Gefahr der Eskalation größer als in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Der deutsche Rüstungsetat wurde drastisch erhöht, der US-amerikanische Botschafter Richard Grendell benimmt sich wie ein Statthalter und fordert noch mehr. Diese Fragen haben nur scheinbar wenig mit der EU zu tun. Die EU ist immer wieder der Türöffner für die NATO, zuletzt in Mazedonien. Aber die EU war auch der Türöffner für den Kurs in der Ukraine. Sie übernahm sofort die NATO-

Begründung für die Kündigung des INF-Vertrages und damit für die dramatische Gefahr dieser neuen atomaren Hochrüstung.

Und die meisten Länder der EU stimmten auch sofort in den Aggressionskurs gegenüber Venezuela, die Unterstützung des Putschisten Guaidó, ein.

Wir können feststellen, dass wir mit unserem EU-Wahlprogramm genau am Puls der Zeit sind. Das hat mir auch noch mal meine Teilnahme am EU-Wahlparteitag der Partei die Linke gezeigt, ich gehe davon aus, dass ihr meinen Bericht/Kommentar in der UZ gelesen habt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

was fällt in der Partei auf? Es ist richtig, dass wir in den letzten Wahlkämpfen immer wieder deutlich gemacht haben: Das wichtige ist das Gespräch mit den Menschen, die Diskussion. Es gibt von dieser richtigen Orientierung aber auch so etwas wie eine Kehrseite. Viele Genossinnen und Genossen beginnen Gespräche mit dem Satz „Wir kommen ja sowieso nicht rein, aber ...“ Das ist kein sehr motivierendes Signal und es kommt oft an, als sei es uns egal, ob Menschen uns wählen oder nicht. Das ist aber nicht.

Und mal anders rum gefragt, wen würden wir denn wählen, wenn wir nicht selbst kandidieren würden? Müssen wir denn nicht zum Beispiel den Menschen, die bei „Aufstehen“ in Bewegung gekommen sind, sagen, dass sie konsequent die Stimmabgabe für die DKP in Betracht ziehen müssten? Müssen wir nicht an diejenigen ran, die aus Protest AFD wählen, und ihnen sagen, dass sie damit für NATO, Hochrüstung und eine EU stimmen, die den deutschen Konzernen und Banken nutzt, und den Menschen in Deutschland in der Peripherie der EU schadet? Müssen wir also nicht um Stimmen kämpfen? Doch das müssen wir.

Deswegen kommt es jetzt darauf an die Leitungsaufgabe wahrzunehmen und darum zu kämpfen, dass alle Gruppen die heiße Phase des Wahlkampfes planen. Raus auf die Straße!

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

- unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Einleitung zum Tagesordnungspunkt „Vorbereitung des 23. Parteitags“

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor ich zur Vorbereitung des 23. Parteitags komme möchte ich zu zwei aktuellen Themen etwas sagen:

- zur Situation in Venezuela
- zur Situation bei „Aufstehen“ und in der Partei Die Linke

Anfang dieser Woche besuchte uns Genosse Carolus Wimmer, Internationaler Sekretär der KP Venezuelas. Er war auf der Durchreise, sowohl in die Schweiz, als auch nach Serbien. Er informierte uns über die Sicht der Partei auf die Situation in Venezuela. Er ging dabei von zwei Dingen aus:

Er schätzte ein, dass der US-Imperialismus nicht nachlassen wird in seinen Bemühungen die legitime Regierung Maduro zu stürzen und dadurch eine Konterrevolution in Venezuela zu erreichen. Dabei betonte Carolus, dass Venezuela nach wie vor kapitalistisch sei, es aber dem US-Imperialismus um eine Konterrevolution gegen die vorhandenen sozialen Errungenschaften und die nationale Souveränität Venezuelas gehe.

Nachdem der US-Imperialismus bislang mit dem Weg des Putsches über die Marionette Guaidó nicht besonders erfolgreich war, gibt es möglicherweise unterschiedliche Varianten, wie der US-Imperialismus dies erreichen will.

Erstens ist das die Fortsetzung dieses Versuchs, wobei hier die Zeit gegen Guaidó spielt. Zweitens gibt es die Variante, Venezuela durch Anschläge auf die Infrastruktur unregierbar zu machen. Drittens gibt es die Möglichkeit der Zerstörung der territorialen Integrität Venezuela. Dabei kann man sich zu Nutzen machen, dass die Provinzen, die näher an Kolumbien liegen, oft über eine stärkere „Opposition“ verfügen als andere.

Die beiden letztgenannten Varianten beinhalten die Möglichkeit, dass Venezuela zu einem „failed state“ gemacht wird, wenn die direkte Einflussübernahme nicht möglich ist.

Das wäre dann eine Variante, die dem Ergebnis der damaligen Intervention im heutigen Libyen gleicht.

Zum zweiten ging er deshalb davon aus, dass die Hauptaufgabe der Partei heute darin besteht, die größtmögliche Einheit der antiimperialistischen Kräfte herzustellen.

Als Voraussetzung, dass es bislang gelang den Putsch abzuwehren, schilderte Genosse Carolus vier Faktoren/Standbeine:

Erstens das internationale Kräfteverhältnis, das er als recht stabil bezeichnete. Hier hob er die positive Rolle der Russischen Föderation und VR China hervor, aber auch die des Iran und der Türkei. Er verwies darauf, dass es auch in der EU keine Einheitlichkeit gibt und selbst im reaktionären Block Lateinamerikanischer Staaten, die Einheit in der Zustimmung zum US-Kurs abnimmt. Das führte er nicht auf inhaltliche Positionswechsel zurück. Er vermutete als Grund eher, dass selbst diese Kräfte Angst bekommen, dass der US-Imperialismus in anderen Zeiten mit Ihnen genauso umgehen könne, wenn er jetzt gegenüber Venezuela erfolgreich ist und seine Vorgehensweise wenig Widerspruch erfährt.

Als zweiten Faktor nannte er die Wirtschaft Venezuelas und die Versorgungslage. Die Wirtschaft sei nach wie vor äußerst labil. Kapitalisten bunkern Waren, boykottieren den Export oder schmuggeln Güter und Geld aus dem Land. Die Korruption sei nach wie vor massiv und die gesamte Ökonomie abhängig vom Erdöl. Die Boykottmaßnahmen des US-Imperialismus wirken drastisch, sowohl was die Abnahme von Erdöl, als auch das Sperren der Devisen für das verkaufte Erdöl angeht. Trotzdem schafft es die Regierung, die Versorgung der Massen, weniger über den freien Markt, sondern vor allem über staatliche Hilfsprogramme einigermaßen aufrecht zu erhalten.

Der dritte Faktor sei die Verankerung in der Arbeiterklasse und bei der Masse der Kleinbauern und Landlosen. Hier ist sicherlich die Stimmung so, dass alle wollen, dass sich die jetzige Situation verändert, aber eben nicht

in Richtung eines Vasallenstaates des US-Imperialismus. Genau dafür steht aber Guaidó im Bewusstsein dieser Schichten. Insofern hat Guaidó hier keine Basis. Seine Basis ist nach wie vor die Kapitalistenklasse und das gehobene Bürgertum, wobei die Uneinigkeit in der Opposition zum Guaidó-Putsch eher wieder zunimmt.

Das vierte Standbein sei die Kontrolle über die staatlichen Institutionen. Die sei unterschiedlich, so sei die Korruption im Verwaltungsapparat nach wie vor ein großes Problem, während die Armee nach wie vor auf Seiten des Chavismus stehe. Dies habe auch mit der Tradition der Armee und der sozialen Herkunft auch des Offizierskorps zu tun.

Die Solidarität der DKP sei für die Partei von großer Bedeutung. Carolus sprach in diesem Zusammenhang von einer besonderen Beziehung zwischen der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV) und der DKP.

Insgesamt konnten wir bereits an die 20.000 Euro für die Solidarität mit der PCV sammeln.

Zum zweiten Thema, den Entwicklungen bei „Aufstehen“ und der Linkspartei. Hier setze ich voraus, dass ihr meinen kommentierenden Bericht über den EU-Wahlparteitag genauso gelesen habt wie den Kommentar von Wera zu den Entwicklungen bei „Aufstehen“ in der UZ.

Wir sehen eine Gefahr darin, dass das offensichtlich vorhandene Potential von Menschen, die nicht oder wenig parteipolitisch gebunden sind, aber im Sinne von „Aufstehen“ durchaus bereit sind antimonopolistisch aktiv zu werden, nun der Gefahr von Frustration und Resignation ausgesetzt sind. Diese Gefahr wird nicht dadurch geringer, dass das Vakuum an der Spitze von „Aufstehen“ offensichtlich durch jene Kräfte versucht wird, besetzt zu werden, die weder für Antimonopolismus noch für reale Bewegung stehen.

Aus unserer Sicht ist hier die Bedeutung der Ortsgruppen von „Aufstehen“ und des Hineinragens von Inhalten entscheidend. Hier haben wir sowohl was die Friedensfrage als auch was die Frage der EU und der EU-Wahl angeht einiges zu bieten. Wir sollten uns überall in den Leitungen mit dieser Situation befassen und sowohl die Situation von „Aufstehen“ vor Ort, als auch unserer Kraft analysieren. Auf dieser Basis müssen wir dann entscheiden, was wir tun können, um Frust und Resignation entgegenzuwirken.

Nun aber zu meinem eigentlichen Thema, der Vorbereitung des 23. Parteitags. Wir haben

dazu auf einer Klausur des Sekretariats eine ausführliche Diskussion geführt. Wir hatten dazu Genossin Beate Landefeld gebeten uns einen Input zur Gegenwart und Perspektive der weltpolitischen Situation, der Situation in der EU und der Situation in der Bundesrepublik zu geben. Es war ein hervorragender Input, Stichworte und Fakten, die ihrem Input zu Grunde lagen, haben wir Euch als Material bereits zugesandt. Im Ergebnis haben wir - das ist jetzt sehr grob, eingeschätzt:

Erstens: Es spricht viel dafür, dass wir uns in der Abstiegsphase der Weltmacht USA befinden. Das sagt nichts über die Länge dieser Phase und genauso wenig über die möglicherweise danach liegenden Machtverhältnisse aus.

Neben der EU unter Führung des deutschen Imperialismus ist hier derzeit die große Stärke der VR China, aber auch der BRICS-Staaten insgesamt zu berücksichtigen. Auch wenn deren Stärke nicht unwesentlich vom weiteren Kurs Brasiliens abhängt. Was aber relativ wahrscheinlich ist und durch den Kurs der Trump-Regierung auch bestärkt wird, ist dass eine solche Abstiegsphase nicht widerspruchsfrei ist und in der Regel begleitet wird von einem Wechsel des Stils von einem einbeziehenden Hegemon zu einem diktierenden Hegemon.

Zweitens: Die Krise der EU ist nicht vorüber und die Ungleichheit innerhalb der EU reproduziert ihre Ursachen. Es ist durchaus denkbar, dass Italien in eine ähnliche Krisensituation rutscht, wie Griechenland sie erlebt hat. Dann ist aber realistisch, dass die Krisen“lösungs“mechanismen der EU, die in Griechenland zu Not und Elend geführt haben, gar nicht mehr in der Lage sind dies aufzufangen. Auch die Lage der EU wird labil bleiben.

Drittens: Vieles spricht dafür, dass Deutschland selbst vor einem neuen Krisenzyklus steht. Die Wachstumsdaten sprechen für Rezession. Weder das Modell der Ausblutung anderer Ökonomien („Exportwalze“) noch der Binnenkonsum steuern dem im Moment entgegen. Alles in allem gehen wir also möglicherweise auf eine Phase der großen Labilität zu, sowohl global, als auch in Europa und der EU, als auch in Deutschland. Das steht für zunehmende Aggressivität, für Kriege, Flucht und Migration, Erhöhung der Ausbeutung, Militarismus.

Wenn wir in dieser Entwicklung die inhaltliche Entwicklung unserer Partei betrachten, dann

lässt sich sagen, der 20. Parteitag entschied sich für eine Wende in der grundsätzlichen Orientierung der Partei. Er entschied, wir wollen kommunistische Partei im Sinne des Marxismus-Leninismus bleiben. Der 21. Parteitag bestätigte dies und beschloss konsequenterweise den Austritt aus der Europäischen Linkspartei.

Der 22. Parteitag präziserte dies in strategischer Hinsicht und definierte eine antimonopolistische Strategie unter heutigen Bedingungen. Darüber hinaus zog er eine sehr transparente und nicht beschönigende Bilanz der organisationspolitischen Entwicklung und definierte organisationspolitische Hauptaufgaben. Er orientierte auf die Stärkung unserer Verankerung in der Arbeiterklasse.

Bringen wir die ersten Schritte der Analyse der zukünftigen Entwicklungen mit der inhaltlichen Entwicklung unserer Partei durch die letzten Parteitage zusammen, dann ergibt sich:

Erstens: Der kommende Parteitag muss die Fokussierung auf den Kampf der Verankerung unserer Partei in der Arbeiterklasse fortsetzen, er muss die gemachten Erfahrungen auswerten, er muss diese Erfahrungen verallgemeinern und die Orientierung weiterführen.

Zweitens: Der Parteitag muss ebenfalls die Erfahrungen bei der Lösung unseres zweiten organisationspolitischen Problems, der Verankerung der Partei im Osten unseres Landes auswerten und weitere Orientierungen erarbeiten. Dabei muss er die Besonderheit der Lage der Menschen und der Arbeiterklasse im Osten unseres Landes erfassen und Schlussfolgerungen ziehen.

Diese Aufgaben des Erfahrungsaustauschs, der Diskussion über die Verankerung in der Klasse und im Osten des Landes wollen wir in der Diskussion zu den Referaten leisten, wir schlagen vor, wieder zwei Referate zu halten, bei denen sich das erste stärker mit der politischen Entwicklung und das zweite mit der organisationspolitischen Entwicklung befasst.

Was die Diskussion angeht, überlegen wir, ob es Sinn macht, im Vorfeld Fragen in die Partei zu geben, mit denen wir ggf. erreichen können, dass die Diskussion strukturierter und die Diskussionsbeiträge stärker in einem Bezug zueinander stehen.

Als drittes Ziel des Parteitags meinen wir, dass er die konkreten Kampffelder beschreiben soll, an denen wir Bruchpunkte in der Offensive des Monopolkapitals für möglich halten. Brüche, die wir für möglich halten, stehen noch keinesfalls für einen Hegemoniewechsel. Sie stehen für die Möglichkeit in einzelnen Kampffeldern die durchgängige Offensive des Monopolkapitals zu behindern, zu erschweren, eventuell zu durchkreuzen. Solche Brüche können, müssen aber nicht, der Beginn eines Bruchs mit der Offensive des Monopolkapitals sein.

Wir meinen der Parteitag soll diese Kampffelder benennen und beschreiben worin die Problemstellung für das Monopolkapital besteht, welche Interessen die Arbeiterklasse hat, wie die Aktionseinheit der Arbeiterklasse erreicht werden kann. Darüber hinaus soll für die einzelnen Kampffelder beschrieben werden, welche Bündnismöglichkeiten mit anderen nichtmonopolistischen Schichten bestehen, was die Zugänge für diese zu einem Bündnis mit der Arbeiterklasse sein können. Wenn möglich sollen für diese Kampffelder Forderungen und mögliche Losungen beschrieben werden. In jedem Fall soll die spezifische Aufgabenstellung für uns Kommunistinnen und Kommunisten beschrieben werden.

Euch liegt eine Faktensammlung vor, die Genossin Beate Landefeld erarbeitet hat und die Grundlage ihres Referats für unsere Klausur war. Euch liegen ebenfalls zwei Überlegungen zu Inhalten und Struktur eines möglichen Dokuments vor, wir schlagen vor alles als Material in die Erarbeitung eines entsprechenden Entwurfs einzubeziehen, den wir dann der kommenden PV-Tagung vorlegen wollen. Damit wir für die Erarbeitung Zeit gewinnen, schlagen wir vor diese von Mitte Mai auf Mitte Juni zu verlegen.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

Beschlüsse

Veranstaltung zum 70. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik

Ort und Zeit: Oktober/November 2019 – im Osten der Republik, nach Raumverfügbarkeit

Wir wollen transportieren:

- die DDR war ein Friedensstaat. Von ihr ging niemals Krieg aus, sie stand Zeit ihres Bestehens auf der Seite der weltweiten Friedenskräfte. Sie war im internationalen Klassenkampf gezwungen sich zu verteidigen und verteidigungsbereit zu halten. Sie war gezwungen offene und geheime Diversion abzuwehren – das tat sie mit völkerrechtskonformen Mitteln und immer im Rahmen der übergeordneten Aufgabe des Erhalt des Friedens („Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“)
- die DDR war ein antifaschistischer Staat. Mit der Umsetzung des Potsdamer Abkommens, wurden in der DDR, im Unterschied zum Westen, Kriegsverbrechern und dem Militarismus die ökonomischen Wurzeln und die ökonomische Macht entzogen. Kriegsverbrecher, führende Faschisten wurden bestraft. Das Bildungswesen, die staatliche Verwaltung, die Justiz wurden im Gegensatz zum Westen konsequent von Faschisten gesäubert. Beim notwendigen Aufbau der NVA und des späteren MfS wurden Antifaschisten mit Aufgaben betraut.
- In der DDR waren wesentliche soziale und humane Grundrechte verwirklicht und neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die nicht mehr unter den Zwängen der Profitherrschaft standen, spürbar. Es gab ein Recht auf Arbeit, die Gleichberechtigung der Frau in Gesellschaft und Beruf war weit entwickelt, die Trennung von Hand- und Kopfarbeit war ein gutes Stück aufgehoben. Der Kampf um bezahlbaren Wohnraum, um ein durchlässiges Bildungssystem, um ein Gesundheitssystem, das diesen Namen verdient, um einen Städtebau im Interesse des Volkes, um eine bezahlbare Mobilität waren nicht nur Staatsziel, sondern entwickelten sich in der Praxis.
- Die DDR war nicht widerspruchsfrei, aber sie war ein Staat, in der sich humanistische Bildung und Kultur für die Massen schon sehr weit entwickelt hatte. Die Nutzung von Bildungs- und Kultureinrichtungen war nicht mehr an Klassenzugehörigkeit und Geldbeutel gekoppelt. Humanistische Kultur aus der Geschichte der Menschheit, Deutschlands wurde allgemein zugänglich gemacht. Entsprechende Literatur und andere Kulturformen wurden massiv staatlich gefördert.
- Die DDR war ein Staat des proletarischen Internationalismus. Von Anbeginn ihrer Existenz war proletarischer Internationalismus Staatsprinzip der DDR. Das schlug sich nieder in der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, in der Akzeptanz der Reparationen im Gefolge des Raubkriegs des deutschen Faschismus, aber auch in der Unterstützung der kommunistischen Parteien, auch der KPD in den Westzonen, der BRD und später der DKP. Das alles war ökonomisch nicht einfach für die DDR und führte auch durchaus zu Widersprüchen innerhalb der Bevölkerung, blieb aber immer zentraler Bestandteil der staatlichen Politik
- Die Befreiung durch die Rote Armee, die Aufteilung Deutschlands in 4 Besatzungszonen, die Spaltungsbestrebungen der Westmächte und der Bundesrepublik sollen eine Rolle spielen.
- die Widersprüchlichkeit in der Entwicklung – Probleme, die letztlich der siegreichen Konterrevolution den Boden bereiteten sollen eine Rolle spielen.

In der Gesamtheit soll transportiert werden, dass aller Widersprüchlichkeit zum Trotz, die DDR die größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung Deutschlands war.

Wie transportieren wir diese Inhalte:

- Wir gewinnen Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde mit DDR-Biografie, die diese Punkte mit Erlebnissen, Erzählungen etc. darstellen. Dazu können und sollen auch weitere Beiträge dienen, die auch kulturell/medial sein können, zum Beispiel:
 - Gesetzestexte
 - Zitate aus Berichten im Westen
 - Gedichte
 - Zitate aus Literatur
 - Lieder
 - Videos
 - Zitate aus DDR-Zeitungen (oder anderen Berichten)
 - politische Zitate nach der Konterrevolution
- moderierend durch das Programm führt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP.
- Grußworte von Bündnispartnern – wir denken hier an SDAJ, Rotfuchs, OKV/GRH

Zeitlicher Ablauf:

- Szenische Blöcke: 5 * 20 Minuten -> 100 Minuten (1 h 40 Min)
- Grußworte 40 Minuten
- Gemütliches Beisammensein

Verantwortlichkeiten: Patrik Köbele, Männe Größ

(einstimmig angenommen)

21. UZ-Pressesfest Volksfest der DKP – Das Fest des Friedens und der Solidarität

Die Ergebnisse des 20. UZ-Pressesfestes mit seiner positiven Ausstrahlung nach innen und außen bestärken uns, trotz der großen Kraftanstrengung und des Einsatzes von erheblichen Finanzmitteln, dem Parteivorstand und der gesamten Partei vorzuschlagen, das 21. UZ-Pressesfest vom 28. – 30. August 2020 in Dortmund durchzuführen.

Wir rufen die gesamte Partei auf, die Voraussetzungen für ein erfolgreiches 21. UZ-Pressesfest zu schaffen. Der 23. Parteitag der DKP im Februar / März 2020 soll eine endgültige Entscheidung über die Durchführung des UZ-Pressesfestes treffen.

Mit vorbereitenden Maßnahmen muss jetzt begonnen werden, wenn das Fest 2020 stattfinden soll. Diese müssen umkehrbar sein für den Fall einer anderen Beschlussfassung durch den Parteitag.

Der Parteivorstand beschließt folgende Maßnahmen:

- Das Sekretariat wird beauftragt, eine vorläufige Pressesfest-AG zu benennen. Die 8. PV-Tagung bestätigt die Zusammensetzung der AG.
- Die Pressesfest-AG organisiert auf allen Ebenen der Partei mit Unterstützung der Mitglieder des PV einen Diskussionsprozess über die erfolgreiche Durchführung des 21. UZ-Pressesfestes.
- Die Vorstände auf Landes- und Bezirksebene sowie die Kreise und Gruppen werden aufgefordert, auf den anstehenden Konferenzen und Jahreshauptversammlungen im Herbst 2019 einen Tagesordnungspunkt „21. UZ-Pressesfest 2020“ aufzunehmen und über konkrete Beiträge zur Vorbereitung und Durchführung des UZ-Pressesfestes zu diskutieren. Die Mitglieder der Pressesfest-AG freuen sich über Einladungen zu diesen Beratungen auf allen Ebenen der Partei. Eine erste Beratung

mit den Pressefest-Verantwortlichen auf Landes- und Bezirksebene soll Ende Juni 2019 stattfinden.

- Die Pressefest-AG legt der 10. PV-Tagung im September 2019 eine Gesamtkonzeption sowie erste Vorschläge für das kulturelle und politische Programm auf dem 21. UZ-Pressefest vor.
- Ab Oktober 2019 beginnt eine Spendensammlung mit dem Ziel, bis zum 23. Parteitag der DKP 40.000 Euro für das 21. Pressefest zu sammeln.
- Auf dem LLL-Wochenende 2020 starten wir mit dem Verkauf der Soli-Buttons (5/10 Euro) sowie mit dem Verkauf von Verzehrbons zur Vorfinanzierung des UZ-Pressefestes.

Wir kämpfen für ein erfolgreiches 21. UZ-Pressefest der DKP im Jahr 2020!

(einstimmig angenommen bei einer Gegenstimme)

Gruppen Suhl und Sonneberg

Der Parteivorstand bestätigt die Gruppen/Grundorganisationen Suhl und Sonneberg in Thüringen.

(einstimmig angenommen)

Konzeption der Bildungszeitung „Wandlungen des Kapitalismus - Wandlungen der Arbeiterklasse – objektive Strukturveränderungen und die Folgen für Bewusstseins- und Organisationsentwicklung“

Das Bildungsmaterial soll die Schulungsteilnehmer/innen dazu befähigen

- die Grundaussagen des Marxismus-Leninismus über die Entstehung und Definition von „Klasse“ und „Proletariat“ als politische und ökonomisch sich wandelnde soziale Triebkräfte der Geschichte und zentrale Kategorien des historischen Materialismus zu erkennen;
- die Wandlungen in der sog. „Arbeitswelt von heute“ mit den Methoden und dem Wissen der marxistisch-leninistischen Klassenanalyse zu erfassen;
- die dialektische Einheit von der „Klasse an sich“ und der „Klasse für sich“ nachvollziehen zu können;
- die „historische Mission der Arbeiterklasse“ in ihrer Grundsätzlichkeit und Differenziertheit zu begreifen;
- Ansätze zur Überwindung der inneren politischen Spaltung der Arbeiterklasse und die Aufgabe der Kommunistischen Partei zur Förderung der Handlungsfähigkeit und zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu erkennen.
- politische Argumente und Konzepte zur Überwindung und Zurückdrängung des Einflusses rechter Ideologien und Organisationen zu erarbeiten.

Gliederung des Materials:

Einleitung: DKP und Arbeiterklasse

Abschnitt A: Klassendefinition ohne festen „Schubladen“

1. Marxismus-Leninismus über Klassen, Klassenstrukturen und das „moderne Proletariat“
2. Der vertrackte Widerspruch: „Klasse an sich“ und Klasse „für sich“
3. Probleme der Entwicklung von Klassenbewusstsein heute
4. Die Lohnarbeit als „differentia specifica“ der kapitalistischen Produktionsweise

Abschnitt B: Kapitalismus und Arbeiterklasse sind keine „festen Kristalle“

1. Produktivkraftentwicklung und die Arbeiterklasse als sich wandelndes historisches Subjekt
2. „Entindustrialisierter“ Kapitalismus; verschwindet die Arbeiterklasse?“
3. Verwissenschaftlichung der Produktion, „digitaler Kapitalismus“ und veränderte Rolle der Arbeiterklasse
4. Veränderungen auch im Kern der Klasse

Verantwortlichkeiten & Zeitplan

Autorengruppe: Hans-Peter Brenner, Mark Hadyniak, Jörg Miehe, Helmut Woda

Methodik/Didaktik: Michaela Sohn, Rainer Kotulla

Korrektur: Ursula Vogt

Redaktionskollektiv: Hans-Peter Brenner, Pablo Graubner, Michaela Sohn

Produktionstermine: Fertigstellung nach der „Sommerpause“

Durchführung in den Gruppen: September/Oktober 2019

Durchführung von drei Bildungsberatungen zur Vorbereitung (Nord/Mitte, Süd und Ost)

Literaturauswahl:

a. „Klassiker“

K. Marx / F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Bd. 4

K. Marx: Der 18. Brumaire des Napoleon Bonaparte, MEW, Bd. 28

W.I. Lenin: Die große Initiative, LW 29, S. 419

[Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4](#)

K. Marx. Das Kapital Bd. 1. In MEW Bd. 23, S. 442-443

K. Marx / F. Engels MEW, Bd. 4, S. 462 (Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe des „Manifests“ von 1888)

K. Marx: Kapital Bd. 3. MEW 25

K. Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42

F. Engels. "Zur Lage der arbeitenden Klasse in England" MEW Bd. 2

W.I. Lenin: "Was sind die 'Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie?" LW Bd. 1

W. I. Lenin: "Staat und Revolution" LW Bd. 25,

W. Lenin: „Was tun?“

b. Marxistische Klassenanalysen

Marx-Engels-Stiftung: Projekt Klassenanalyse

E. Lieberam/ J. Miehe Arbeitende Klasse in Deutschland

W. Seppmann. Die verleugnete Klasse. Zur Arbeiterklasse heute

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Proletariat in der BRD

L. Winter: Klassen und soziale Schichten im Kapitalismus der Gegenwart

J. Bischoff / P. Boccara / R. Castel / K. Dörre: Klassen und soziale Bewegungen

R. Castel / K. Dörre: Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts

C. Koppetsch: Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus

C. Butterwegge / G. Hentges / B. Lösche (Hrsg.): Auf dem EWeg in eine andere republik?

D. Erison: Rückkehr nach Reims

D. Erison: Gesellschaft als Urteil

H. Geiselberg: Die große Regression.

(einstimmig angenommen)

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

23./24. März 2019, Essen

Einberufung des 23. Parteitages der DKP

Die 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP beschließt, den 23. Parteitag der DKP dreitägig für die Zeit vom 28. Februar bis 1. März 2020 einzuberufen.

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag folgende vorläufige Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. a) Referat(e)
b) Diskussion zu:
 - Referat(e)
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Bericht der Revisionskommission
 - Finanzbericht
4. Entlastung des Parteivorstands
5. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen und Entschließungen
6. Wahlen
7. Schlusswort

Delegierte

Entsprechend dem Statut werden die Delegierten zum 23. Parteitag auf Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen gewählt.

Für angefangene 30 Mitglieder wird ein/e Delegierte/r gewählt, für jede weiteren, angefangenen 30 Mitglieder ein/e weitere/r Delegierte/r.

Die Delegiertenzahl errechnet sich aus den abgerechneten Mitgliedern der Grundorganisationen. Diese ergeben sich aus den Abrechnungen der Bezirke. Dabei wird bei bestehenden Grundorganisationen der Durchschnitt der Mitgliederzahlen der Abrechnungen der Quartale III + IV 2018 zugrunde gelegt. Grundorganisationen, die zwischen dem 01.01.2019 und dem 30.06.2019 neu gegründet und bestätigt wurden oder werden, erhalten ein Delegiertenmandat, sofern sie eine erste Beitragsabrechnung vorlegen. Neue Grundorganisationen, die nach dem 30.06.2019 gegründet und bestätigt werden, sollen über die zusätzlich zu wählenden Mandate auf Kreis-/Bezirks- oder Landesebene am Parteitag teilnehmen können.

Weitere Delegierte werden auf Kreismitgliederversammlungen bzw. Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt, wenn diese Kreise aus mindestens drei Grundorganisationen bestehen. Die Anzahl der zu wählenden Delegierten beträgt 25 % der in den Grundorganisationen des jeweiligen Kreises gewählten Delegierten, wobei die Anzahl generell aufgerundet wird.

Zusätzliche Delegierte werden auf Bezirks/Landesmitgliederversammlungen bzw. Bezirks/Landesdelegiertenkonferenzen (Bezirkskonferenzen) in Höhe von 25 % der in der Bezirks/Landesorganisation durch die Grundorganisationen gewählten Delegierten gewählt, wobei die Anzahl generell aufgerundet wird.

Es werden Ersatzdelegierte gewählt. Diese werden dann am Parteitag teilnehmen, wenn die/der gewählte Delegierte aus zwingenden Gründen ihr/sein Mandat nicht wahrnehmen kann. Die entsprechende Reihenfolge der Nachrücker wird durch die entsprechenden Konferenzen festgelegt.

Bei den Delegiertenwahlen sind die Bestimmungen des Statuts zur Quotierung zu berücksichtigen.

Kandidatinnen und Kandidaten für die Delegiertenmandate müssen laut Statut der jeweiligen Gliederung als Mitglied angehören.

Die Mitglieder des Parteivorstands, der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission, die nicht als ordentliche Delegierte gewählt wurden, sind teilnahmeberechtigt. Sie haben Rederecht, aber keine Antrags- und Stimmrecht.

Anträge

Antragsberechtigt sind die Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen, die Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen auf Kreis- bzw. Bezirksebene, der Parteivorstand, die Zentrale Revisionskommission und die Zentrale Schiedskommission.

Anträge an den 23. Parteitag sind bis zum 23.12. 2019 beim Parteivorstand der DKP, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, schriftlich einzureichen. Es wird um Übermittlung per E-Mail gebeten.

Arbeitsgruppen und Kommissionen der Partei können nur Anträge an die jeweiligen Vorstände, in deren Bereich sie arbeiten, stellen, mit der Bitte, sie als Anträge über die Parteikonferenzen an den Parteitag zu stellen.

Parteiwahlen in Vorbereitung des 23. Parteitages der DKP

In Vorbereitung des 23. Parteitages der DKP finden auf allen Ebenen – Grundorganisationen, Kreisorganisationen, Bezirks- bzw. Landesorganisationen – Mitgliederversammlungen bzw. Konferenzen statt. Entsprechend dem Statut wird dort Rechenschaft gegeben, die Aufgaben der nächsten Zeit beraten, Anträge an die jeweiligen Konferenzen auf den nächsthöheren Ebenen und an den Parteitag beraten und die Wahlen zu den Leitungsgremien durchgeführt.

Die Parteiwahlen sollen einheitlich in der DKP stattfinden, und zwar

*** In den Grundorganisationen bis zum 14. Oktober 2019.**

Die Grundorganisationen wählen ihre/n Delegierten zum Parteitag entsprechend dem Delegiertenschlüssel. Über das Ergebnis der Neuwahl des Gruppenvorstandes bzw. der Sprecher/innen sowie der Delegierten zum Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Kreis-, Bezirks- und Parteivorstand übergeben wird.

*** In den Kreisen bis zum 18. November 2019.**

Die Kreiskonferenzen wählen ihre Delegierten zum Parteitag, sofern die Kreise aus mindestens 3 Grundorganisationen bestehen. Über das Ergebnis der Wahl der Gremien für die Kreisorganisation und der Delegierten zum Parteitag wird ein Protokoll angefertigt, welches dem Bezirks- und dem Parteivorstand übergeben wird.

*** In den Bezirken und Landesorganisationen bis zum 16. Dezember 2019.**

Die Bezirks- bzw. Landeskonferenzen wählen entsprechend dem Delegiertenschlüssel Parteitagsdelegierte. Über die Ergebnisse der Wahlen für den Bezirksvorstand, die Bezirksrevisionskommission und Bezirksschiedskommission und die Delegierten wird ein entsprechendes Protokoll angefertigt.

Die Meldung der gewählten Delegierten und Ersatzdelegierten an den Parteivorstand erfolgt mit vollständiger Adresse und – wenn vorhanden – Mailadresse bis 23. 12. 2019. Deutlich gemacht wird wie im Falle einer Nichtteilnahme einer/eines Delegierten die Ersatzdelegierten nachrücken.

Gäste zum Parteitag

Die Frage der Einladung von nationalen und internationalen Gästen wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Für die Teilnahme von Gästen aus der Partei erhalten die Bezirks- und Landesorganisationen Kontingente entsprechend ihrer Mitgliederstärke.

Finanzierung

Der Parteitag finanziert sich durch die Beiträge der Delegierten, der entsendenden Gliederungen und durch Spenden. Ein entsprechender Spendenaufruf zur Finanzierung des Parteitages wird organisiert. Dem Parteivorstand wird ein Finanzrahmenplan durch die Finanzkommission vorgelegt. In diesem werden der konkrete Delegiertenbeitrag und die eventuelle Beteiligung der Bezirks- bzw. Landesorganisationen vorgeschlagen.

(einstimmig angenommen)

8. PV-Tagung

Die 8. Tagung des Parteivorstandes findet am 15./16. Juni 2019 in Essen statt.

(angenommen mit Mehrheit)
